

Das neue Jahr schenkt uns nichts...



Heute Morgen. Ein Blick aus meinem Fenster auf einen mit Schnee bedeckten Baum. Ist das nicht schön? Einige Minuten habe ich am Fenster verbracht und gedacht, warum die Welt nicht so friedlich sein kann wie dieses Bild. Die ersten zwei Wochen des neuen Jahres haben uns nach den vielen besinnlichen Feiertagen kräftig zurückgeholt auf diesen immer mehr aus den Fugen geratenen Globus. Die Folgen der Silvesternacht wirken erwartungsgemäß nach.

Das ZDF Politbarometer zeigt es deutlich. Die AfD liegt mit 11 % auf Platz drei hinter der CDU (37) und SPD (24), vor den Grünen (10), der Linken (8) und der FDP (5). Dass die AfD langfristig erfolgreich sein wird, glauben 31 %, 58 % sagen Nein. Was heißt aber langfristig? Am 13. März finden drei Landtagswahlen statt. In Baden-Württemberg liegt die AfD bei 10 % (Umfrage vom 14.01.2016 Infratest dimap). CDU 35 %, FDP 6 % = 41 %. Grüne 28 %, SPD 15 % = 43 %. Könnte vielleicht knapp bei der Sitzverteilung reichen, um die Grün-Rote Koalition fortzusetzen. CDU-SPD oder CDU-Grüne ist wohl wahrscheinlicher.

In Rheinland Pfalz würde die AfD 8 % erreichen (Umfrage vom 14.01.2016 Infratest dimap). CDU 37 %, FDP 5 % = 42 %. SPD 31 %, Grüne 9 %, Linke 5 %. Rot-Rot-Grün würde reichen, ist aber auch nicht sehr wahrscheinlich. Es riecht nach Großer Koalition unter CDU-Führung. In Sachsen-Anhalt, dem dritten Bundesland, in dem am 13. März gewählt wird, liegt die AfD bei 15 % (Umfrage vom

14.01.2016 FGW/Forschungsgruppe Wahlen). CDU 33 %, SPD 19 %, Linke 19 %, Grüne 5 %, FDP 3 %. Was soll das denn werden? In Sachsen-Anhalt erreicht übrigens die AfD ihr bestes Ergebnis nach Sachsen mit 13 und Thüringen mit 13,5 %.

Auf Bundesebene wünschen sich 27 % eine Fortsetzung der Großen Koalition aus CDU und SPD. Nur 6 % sind für Schwarz-Grün, 8 % für Schwarz-Gelb und 10 % für Rot-Grün. Nun, es steht zu befürchten, dass das Modell Große-Koalition nach 2017 eine Fortsetzung erfahren wird. Unter der Voraussetzung, dass sich nicht Wesentliches ändert. Angela Merkel befindet sich im freien Fall. 56 % meinen jetzt, dass sie ihre Sache in der Flüchtlings- und Asylfrage schlecht mache, im Dezember waren es noch 49 %. Ob wir die immer weiter zu uns strömenden Flüchtlinge verkraften können, glauben nur 37 %, 60 % sagen Nein. Und nach allem, was man aus den Bundesländern und Kommunen hört, herrscht dort die gleiche Meinung vor.

Zwar sagen 66 %, dass sich ihre Einstellung zu Flüchtlingen nach Silvester nicht verändert habe, 33 % sagen aber Ja. Die Ängste hingegen wachsen an. 74 % befürchten Einsparungen in anderen Bereichen und 70 % erwarten eine höhere Kriminalität. Als Bedrohung unserer kulturellen Werte sehen die Flüchtlinge 42 %, ein Zuwachs um 9 % seit Oktober 2015.

Jeder weiß es, irgendetwas muss geschehen, bloß niemand kann sagen, was. Selten waren sich Politiker und ihre Bürger so einig darin, nichts zu wissen.

Aufregerthemen in Berlin

In Berlin übt sich die Große Koalition in Geschlossenheit. Man weiß ja nie, ob man nach dem 18. September vielleicht doch weiter machen muss. Nach dem derzeitigen Umfragestand vom 21. 12.2015 (Forsa) liegt die GK bei 52 %, die sich aus 29 % SPD und 23 % CDU zusammensetzen. Rot-Grün käme auf 46 %, Rot-Rot-Grün auf 60 %, aber wäre das möglich? Die FDP liegt mit 4 % knapp unter der Einzugschwelle ins Parlament, die AfD mit 5 % knapp darüber.

Großes Aufregerthema war der Polizeieinsatz in der Rigaer Straße. Da zeigte die Polizei mal Stärke. Mit 500 Mann rückte sie an, weil vier, offenbar Bewohner eines besetzten Hauses, einen Polizisten verprügelt hatten. Es gibt Grundregeln in einem demokratischen Staat, nämlich die Anerkennung des Gewaltmonopols. Unabhängig davon, dass nie-

mand berechtigt ist, jemand zu verprügeln, sind auch Polizeibeamte tabu. Das hat vor allem mit Respekt zu tun, und diesen lassen die Herrschaften in der Rigaer Straße vermissen. Also müssen wir Steuerzahlen den Nachhilfeunterricht bezahlen. Und wenn der daraus besteht, dass 500 Polizisten anrücken, ist es eben so. Ein ähnliches Engagement würde ich mir allerdings gegen arabische Großfamilien auch wünschen. Ob 500 Polizisten angemessen sind, oder auch 300 gereicht hätten, liegt nicht in der Beurteilung von Laien.

Als Experten auf jedem Gebiet tun sich ja immer wieder die Grünen hervor. Und so kritisierten sie natürlich den Polizeieinsatz. Der Generalsekretär der CDU, Kai Wegner, fand klare Worte: „Die Polizeibeamten halten für unser aller Sicherheit ihre Knochen hin. Sie verdienen die uneingeschränkte Unterstützung aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte. Deshalb ist es ein Skandal, wenn die Grünen nur einen Gegner kennen, wenn es um linke Gewalt geht: nämlich die Polizei. Die Grünen fallen in alte Reflexe zurück, die man längst überwunden glaubte. Mit dieser Geisteshaltung beweisen die Grünen leider, dass sie in Berlin nicht regierungsfähig sind.“

Die gelebte Vielfalt in Berlin muss auf sicheren Fundamenten ruhen. Die Grünen müssen endlich verstehen, dass moderne Großstadtpolitik ohne Sicherheit und Ordnung nicht zu machen ist. Ich erwarte von den Grünen die Ächtung linker Gewalt. Das Bekenntnis der Grünen zum Gewaltmonopol des Staates und zu unserer Polizei ist längst überfällig.

Linksextremistische Umtriebe stellen eine ernste Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. Der militante und gewaltbereite Linksextremismus ist deshalb genau wie der Rechtsextremismus und der religiöse Extremismus klar zu ächten und entschieden zu bekämpfen. Mein Dank gilt Innensenator Frank Henkel und der Polizeiführung für ihre deutliche Antwort auf die linksextreme Provokation in der Rigaer Straße.“ Wenn ich schon mal einer Meinung mit Kai Wegner bin, dann soll auch sein komplettes Statement erwähnt werden.

Ärgerlich, aber wenigstens nicht gewalttätig, ist ein anderes Thema. Die Lehrer wollen streiken. Großartig. Da ballt sich bei mir die Faust in der Tasche, wenn ich das höre. Eine Berufsgruppe, die fraglos eine schwierige Aufgabe hat, nämlich Kindern und

Jugendlichen etwas beizubringen, fürs Leben. Bei vielen gelingt das immer weniger. Darüber sollte man auch mal nachdenken. Florian Graf, CDU-Fraktionschef im Abgeordnetenhaus sagt: „Ich habe kein Verständnis dafür, dass die GEW zu einem Streik der angestellten Lehrer aufruft. Die Forderungen der GEW sind auch nicht einlösbar. Berlin ist 2013 richtigerweise wieder Mitglied der Tarifgemeinschaft der Länder geworden. Die Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer bleibt die bessere Antwort hinsichtlich der Konkurrenzfähigkeit...denn der Wettbewerb um die Lehrer mit anderen Regionen lässt sich ohne Verbeamtung langfristig nicht bestehen.“

Graf hat völlig Recht, und auch Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) hat geduldig der GEW erklärt, dass er ihre Forderungen nicht erfüllen kann, weil sich Berlin in der Tarifgemeinschaft der Länder befindet, was einen Alleingang ausschließt. Was soll also dieser Streik? Hat die GEW lange Weile? Lehrer, die sich an dem Streik beteiligen, sollten Nachhilfeunterricht im Tarifrecht bekommen, finanziert von der GEW. Um den Frust abzubauen, sollte der eine oder andere Lehrer dann und wann auf seine Gehaltsabrechnung schauen und sie mit anderen Berufen vergleichen.

In Reinickendorf sind Fachleute gefragt

Eine Meldung aus Reinickendorf hat mich in dieser Woche ebenso überrascht wie erfreut. Dort wurde ein Stadtrat nicht nachgewählt, weil er keine Ahnung hat, bzw. zu haben scheint.

„Wir bedauern sehr, dass die Abteilung Jugend und Soziales weiter ohne einen Stadtrat an der Spitze auskommen muss. Aber das Angebot der SPD, dem fachlich unerfahrenen Bezirksverordneten Käber für ein dreiviertel Jahr die Leitung dieses großen und wichtigen Ressorts zu überlassen, konnten wir leider nicht zustimmen.“ So kommentierte der CDU-Fraktionsvorsitzende Stephan Schmidt die misslungene Stadtratswahl in der Januar-BVV. „Da der SPD aber das Vorschlagsrecht zusteht habe ich meine Fraktion im ersten Wahlgang um eine Anzahl von Enthaltungen gebeten, die eine Wahl mit den vollständigen Stimmen von SPD und Grünen möglich gemacht hätte. Aber offenbar gab es in den Reihen der SPD ebenfalls Zweifel an der Eignung des Kandidaten“, so Schmidt weiter.

Zuvor war der SPD-Kandidat für das Stadtratsamt im 2. Wahldurchgang durchgefallen. Anders sieht es aus, wenn man von der Qualität überzeugt ist. So wurde der SPD-Kandidat für das ebenfalls neu zu besetzende Amt des stellvertretenden Bezirksbürgermeisters, Stadtrat Uwe Brockhausen, mit deutlicher Mehrheit gewählt.

Fraktionschef Schmidt erklärt das so: „Mit der Wahl von Herrn Brockhausen haben wir deutlich gemacht, dass es uns ausschließlich um die persönliche Eignung eines Kandidaten für eine Position im Bezirksamtskollegium geht. Wir kennen Herrn Käber jedoch lediglich als Gesundheitspolitiker aus der BVV. Weder der Bereich Soziales noch der Jugendhilfeausschuss zählten bislang zu seinen Betätigungsfeldern.“ Jetzt wird es sehr persönlich: „Er hat zudem keine abgeschlossene Berufsausbildung und keinerlei Erfahrung in der öffentlichen Verwaltung oder in der Personalführung. Im Ältestenrat ist er dagegen unlängst durch einen völlig überzogenen Auftritt mit Angriffen gegen den BVV-Vorsteher Dr. Lühmann (parteilos) aufgefallen. Auch bei einem persönlichen Gespräch in unserer Fraktion konnte er uns nicht davon überzeugen, dass er geeignet ist, eine Verwaltung mit ca. 400 Mitarbeitern zu führen.“

Das erlebt man wirklich selten. In 45 Jahren Politikbeobachtung in Berlin habe ich kaum erlebt, dass man bei einem Stadtrat nach einer besonderen Eignung gefragt hat. Wer sich nach oben durchboxte und genügend Kreisdelegierte für die Nominierung hinter sich scharen konnte, wurde gewählt.

Anarchie in Friedenau



Man hat ja so seine Lieblingsthemen. Eines davon ist der Breslauer Platz in Friedenau. Nachdem Platz und Lauterstraße nun eine schön begehbbare Fläche bilden, denken die Autofahrer, sie können wieder

machen, was sie wollen. Parken ist auf dem Platz verboten. Wie das funktioniert, sieht man auf dem Foto.

Gute Nachrichten



Ja, es gibt sie auch, die guten Nachrichten. Berlin boomt weiter, auch was die Touristenzahlen angeht. 30 Millionen Übernachtungen im letzten Jahr. Wir nähern uns Paris, wo es 36 Millionen sind. VisitBerlin-Chef Burkhard Kieker (links), der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD), der vor lauter Freude die Augen schließt und genießt, und DEHOGA-Berlin-Präsident Willy Weiland beim Neujahrsempfang des Verbandes.

Zu 80 Prozent sind die Hotels ausgelastet. 42,5 Mio. hat Berlin mit der City Tax eingenommen, wesentlich mehr als erwartet. „Die Mittel dürfen aber nicht durch das Gießkannenprinzip verloren gehen“, mahnt Willy Weiland. „Gemessen am Umsatz und den 250.000 Jobs sind wir die größte Industrie in der Stadt“, sagte Burkhard Kieker.



Beim DEHOGA-Neujahrsempfang trifft man auch immer wieder alte Bekannte, wie Klaus Wowereit, in dessen Amtszeit die Beliebtheit Berlins international stetig stieg. Sich von all den schlechten Nachrichten der ersten Tage des neuen Jahres ein paar Stunden lang zu erholen, tat allen Anwesenden gut. Die Wirklichkeit wartete dann wieder draußen...

Ed Koch (auch Fotos)